

die „Utopie von Einheit und Sicherheit“ des Volkes (S. 121) konnte leicht manipuliert werden und mündete in der offiziellen „Apparatesprache“ des dogmatischen Stalinismus.

Im dritten Teil des Sammelbandes wird ein Vergleich mit Ungarn und Polen versucht. Stephen Kertész (S. 131—142), selbst an der Außenpolitik der ersten Nachkriegszeit Ungarns beteiligt gewesen, schildert die „einzigartige Stellung“ des Landes, das die Treue zum deutschen Verbündeten bis zum bitteren Ende mit sowjetischer Vorherrschaft, außenpolitischer Isolierung und westlichem Desinteresse bezahlen mußte. Neben der Vorgeschichte zum Friedensvertrag (am 10. Februar 1947 in Paris unterzeichnet) wird das Problem der Ausweisung der Ungarn aus der ČSR und der schließlich vereinbarte Bevölkerungsaustausch behandelt. Istvan Déak (S. 143—154) zeichnet auf Grund von neuen Akten des amerikanischen Außenministeriums ein summarisches Bild der US-Politik, die entgegen anderer Annahmen zwar gut über Ungarn informiert war, sich aber — mit überflüssigen moralischen Belehrungen garniert — jeder Einmischung in dessen innere Politik enthielt. Der Parallelentwicklung in Polen sind die beiden Beiträge von Paul Wandycz (S. 155—164) und Gotthold Rhode (S. 165—178) gewidmet. Hier wird die Schwierigkeit einer komparatistischen Methode besonders deutlich: wenn auch eine ähnliche Taktik der Kommunisten in Polen und in der ČSR konstatiert werden kann, wenn auch in beiden Ländern ein vergleichbarer Abschluß der Entwicklung vorliegt, so lassen sich die Voraussetzungen und die einzelnen Schritte nur bedingt vergleichen. Letztlich überwiegt der Eindruck — bei Rhode stärker als bei Wandycz —, daß die Unterschiede stärker als die Gemeinsamkeiten waren und der Vergleich daher weitgehend auf Einzelfaktoren abgestellt werden muß, um nicht banale Einsichten zu verkünden.

Obwohl der Sammelband, der durch ein Register abgerundet wird, leider sehr schlecht redigiert wurde, ist er insgesamt zu begrüßen, da er die Entwicklung der ČSR bis zum Prager Putsch in einen größeren Zusammenhang stellt. Bedrückend bleibt die Einsicht, daß die Karten längst verteilt waren, als sich die Akteure an ein — wie sie glaubten — selbständiges Spiel begaben.

Köln

Manfred Alexander

Karel Kaplan: Der kurze Marsch. Kommunistische Machtübernahme in der Tschechoslowakei 1945—1948. (Veröff. des Collegium Carolinum, Bd. 33.) R. Oldenbourg Verlag, München, Wien 1981. 266 S.

Der Vf. hat diese Studie, die auf früheren Arbeiten und Quellenstudien während des „Prager Frühlings“ aufbaut, 1973 im tschechischen Untergrund verfaßt; dies kann man der nüchternen Arbeit aber nur insofern anmerken, als westliche Literatur (mit Ausnahme der frühen Arbeiten von Emigranten) nicht erwähnt wird. So kann er — unbeeinflusst durch andere Deutungen — den Prozeß der Umgestaltung der Tschechoslowakei in der Zeit zwischen der Befreiung und der kommunistischen Machtergreifung von innen her beschreiben, wozu er auch bisher unbekanntes Material (etwa Protokolle von Regierungssitzungen) verwendet.

Der erste Abschnitt des Buches beschreibt die Aufbruchstimmung in der befreiten Tschechoslowakei, die Bereitschaft der — zugelassenen — Parteien und der Bevölkerung, in enger Anlehnung an die Sowjetunion eine „sich sozialisierende Demokratie“ (Beneš, S. 21) zu errichten, die beide Komponenten —

Demokratie und Sozialismus — verwirklichen sollte. Selbst die Kommunisten lehnten damals das sowjetische Modell ab und vertraten, etwa im Kaschauer Programm, gemäßigte Positionen. Ihre Bereitschaft, in freien Wahlen das Kräfteverhältnis zu testen, ließen sie den anderen Parteien als Partner in führender Position erscheinen, so daß sie maßgebend jenes System einer „geleiteten Demokratie“ (*řízená demokracie*) aufbauten, das sie nach dem Februarputsch 1948 als nichtsozialistisch verdammen sollten (S. 29).

K. behandelt das rege politische Leben im Lande, die Nationalisierungen, die Vertreibung von Deutschen und Ungarn und die Konsequenzen all dieser Maßnahmen für die politischen Kräfte, die in Gestalt der Funktionäre der zugelassenen Parteien die Macht und ihren Anteil an ihr zementierten (S. 34). Über den Parteien wölbte sich die Nationale Front, gewissermaßen die Fortsetzung der Koalitionsausschüsse der Zwischenkriegszeit, ohne feste Organisation, die der KPČ als Instrument der Machtsicherung und zugleich des Machtkampfes diente. Die nichtkommunistischen Parteien sahen sich einer ständig aktiven, gut organisierten KP gegenüber, die in der Nationalen Front auf eine gemeinsame Linie achtete und auf jedes Abweichen mit Verunglimpfungen und Drohungen reagierte. Das Parlament wurde zu einem reinen „Nachvollzugsorgan“ (S. 67) degradiert, in dem abweichende Stimmen zu artikulieren schon als Verrat am gemeinsamen Konzept, am Sozialismus und an der Sowjetunion galten. Die Nationale Front degenerierte also von einer Koordinationsstelle zu einer „Panzerkammer“ (S. 72), in die die KP außerparlamentarische Druckmittel (wie die Gewerkschaften) als „spontanen Ausdruck des Volkswillens“ zu ihren Zwecken einbrachte. Wenn auch nach außen in den Jahren 1945 und 1946 das demokratische System funktionierte, so waren schon die Bruchstellen der Koalition markiert, so lag in den Organen der Staatsmacht und im Staatseinfluß auf die Wirtschaft (Nationalisierungen) und Landwirtschaft (Bodenreform) ein umfangreiches Potential an „sozialistischen Marterwerkzeugen“ bereit.

Im zweiten Abschnitt schildert der Vf. die internationale Lage der Tschechoslowakei im politischen Einflußbereich der Sowjetunion. Die Illusionen einer relativ freien Brückenfunktion zwischen Ost und West und die Hoffnungen auf eine ehrliche Haltung Stalins in Bezug auf einen eigenen tschechoslowakischen Weg zerbrachen im Sommer 1947, als die tschechoslowakische Regierung ihre Beteiligung am Marshallplan widerrufen mußte. Kennzeichnend für den unterkühlten Stil des Buches ist es, daß K. diese dramatischen Stunden nur in einer Anmerkung abhandelt (S. 107 f.). Wie isoliert die Nichtkommunisten vom Westen waren, zeigte sich im Herbst 1947 und an der Jahreswende, als Kontakte zum Westen als „Verschwörung“ diffamiert wurden. Vor den entscheidenden Tagen im Februar 1948 wußten die nichtkommunistischen Parteiführer bereits, daß sie von dort nicht mehr als eine „moralische Unterstützung“ (S. 114) erwarten konnten.

Im dritten Abschnitt kommt K. zu seinem eigentlichen Thema, das er am intensivsten erforscht hat, nämlich der Herausbildung des Machtmonopols der KPČ. Wirtschaftskrise und Versorgungsprobleme im Herbst 1947 und die immer deutlichere Einbindung in den sowjetischen Block stellten den Hintergrund für eine schleichende Umgestaltung des Landes dar. Bekommt der Leser bei der Behandlung der internen Streitigkeiten im Früherbst 1947 fast Mitleid mit der aus der Defensive argumentierenden KP (S. 120—124), so ändert sich das Bild vollständig, wenn K. den Aufbau der Machtmittel der Kommunisten behandelt. Während die nichtkommunistischen Parteien kein positives Programm aufstellten, keine gemeinsame Politik gegenüber der KP fanden, der sie zwar

mißtrauten, die sie aber nicht ausschalten konnten, und der sie nur in wenigen Fällen Erfolge abtrotzen konnten („Millionärssteuer“, „slowakische Verschwörung“), bauten die Kommunisten ihr „Nebensystem“ immer weiter aus: durch den Einfluß in den Gewerkschaften, deren Führung die Kommunisten beherrschten, durch den Einfluß auf die Masse der unzufriedenen Landarbeiter und armen Bauern, auf die Partisanen und die linken Mitglieder in anderen Parteien, denen der Weg zur Spitze verstellt war, schuf die KP ein Instrumentarium, das ihren Einfluß außerhalb der normalen politischen Verhältnisse zum Tragen brachte und sich gegen eben diese politischen Institutionen (Parlament, Nationale Front, Regierung) verwenden ließ. Die Kontrolle über Polizei und Sicherheitskräfte war die Voraussetzung für den Einsatz ungesetzlicher Mittel, stellte ein Moment der Eigendynamik dar und sollte im Januar 1948 die entscheidende Krise auslösen.

Zu Anfang des Jahres 1948 schien die KP das Interesse an den legalen Staatsorganen bereits verloren zu haben. Den Versuch, die Regierung durch Gewerkschaftsvertreter zu erweitern und zu „demokratisieren“, konnte die Mehrheit der Nichtkommunisten in der Regierung noch abwehren, aber zur Disziplinierung der Kommunisten fehlte ihr die Kraft. Im Konflikt zwischen dem volkssozialistischen Justizminister Drtina und dem kommunistischen Innenminister Nosek über das Vorgehen des Sicherheitsdienstes und die Entlassung nichtkommunistischer Polizeioffiziere entschied zwar eine Regierungsmehrheit gegen Nosek, aber dieser hielt sich nicht an den Kabinettsbeschluß. Der moralische Sieg der Nichtkommunisten leitete deren Niederlage ein. In Erwartung baldiger vorgezogener Neuwahlen bot eine Minderheit von nichtkommunistischen Ministern am 20. Februar 1948 die Demission an. Was als Einleitung zu einem demokratischen Verfahren der Konfliktlösung gedacht war, wuchs rasch zum entscheidenden Konflikt heran. Gegen das schnell mobilisierte Nebensystem der KP gerieten die nichtkommunistischen Parteien ins Hintertreffen, wurden mit Gewalt jeder Artikulationsmöglichkeit beraubt; zum Zentrum des Streites wurde nun die Entscheidung des Staatspräsidenten Beneš über Annahme oder Ablehnung der Demissionsgesuche. Schließlich mußte Beneš am 6. Tag der Krise nachgeben — wie es Gottwald zuvor richtig eingeschätzt hatte —, und er bestätigte die vom Ministerpräsidenten Gottwald vorgeschlagenen Mitläufer aus den bürgerlichen Parteien als neue Minister. Formal hatte es in Prag nur eine Regierungsumbildung gegeben.

K. macht deutlich, daß die Entscheidung zum Konflikt auf zwei entgegengesetzten Konzeptionen beruhte: die Nichtkommunisten setzten auf Taktik, um im Rahmen der Verfassung eine Lösung des Streites über Neuwahlen zu erreichen; demgegenüber erklärten die Kommunisten das ganze Verfahren zu einem „konterrevolutionären Putsch“, gegen den sie die außerparlamentarischen Massen unter Leitung ihres Nebensystems einsetzten (S. 226). In diesem Konflikt sieht der Vf. die Niederlage der Nichtkommunisten als vorprogrammiert an, wobei ihnen nur noch die Freiheit blieb, den Zeitpunkt und die Art ihres eigenen Untergangs zu bestimmen (S. 243). Ob wirklich die Ablehnung des Marshallplanes ein geeigneterer Zeitpunkt für eine Auflehnung gegen die kommunistische Umklammerung gewesen wäre, wie K. meint (S. 244), muß dahingestellt bleiben. Entscheidend war das Interesse der auf Ausschaltung aller Nichtkommunisten drängenden Sowjetunion, das Unverständnis der Massen für den Kern des Konfliktes und die fortschreitende Gesetzwidrigkeit der KP in der Durchsetzung ihrer Ziele. Zur Warnung an andere, die die KP als eine „normale“ Partei im Spektrum der Parteien ansehen mögen, stellt K. im

Schlußsatz das Ergebnis seiner Untersuchung heraus: „Denn die Gesetzeswidrigkeit ist eine Form des kommunistischen Machtmonopols“ (S. 247).

Köln

Manfred Alexander

Štefan Pagáč: Svědek z cely číslo 13. Dokument. [Der Zeuge aus Zelle 13. Dokument.] Edice „Bratrství“. New York 1979. 191 S.

Hinter dem etwas reißerischen Titel verbirgt sich eine Darstellung des Falles Laušman. Bohumil Laušman war der letzte Vorsitzende der tschechoslowakischen Sozialdemokratischen Partei, der Silvester 1949 nach Westdeutschland ins Exil ging und den der tschechische Geheimdienst am 23. Dezember 1953 aus Salzburg nach Prag entführte, wo er im Mai 1963 im Gefängnis Ruzyně starb.

Der Vf. hat dem Rezensenten geschrieben, er habe wegen dieses Buches sogar in den USA seine Stellung verloren. Laušman ist eine ziemlich umstrittene Persönlichkeit. 1903 geboren und langjähriges Mitglied der tschechischen Sozialdemokratie, lebte er während des Zweiten Weltkriegs in Frankreich und England, aber auch in Rußland, und trat für eine Zusammenarbeit der Sozialdemokraten mit den Kommunisten ein. Der ersten Nachkriegs-Regierung gehörte er als Industrieminister an und führte als solcher die Enteignung der deutschen Industrie durch. Später war er Konkurrent des ehemaligen tschechischen Botschafters in Moskau und ersten Ministerpräsidenten nach dem Kriege, Fierlinger, um den Vorsitz der Sozialdemokratischen Partei. Auf dem Brünner Parteitag 1947 wurde Fierlinger abgewählt und L. trat an seine Stelle. Beide lehnten es aber ab, im Februar 1948 wie die nichtkommunistischen Minister zurückzutreten, um die Regierung Gottwald zu stürzen. L. trat sogar in die neue Regierung Gottwald ein, wenn auch nur für kurze Zeit.

Während die meisten nichtkommunistischen Minister kurz nach dem kommunistischen Umsturz ins Exil gingen, tat dies L. erst Ende 1949, wobei es ihm nicht gelang, seine Frau und seine beiden Töchter mitzunehmen. Er hielt sich zunächst in einem amerikanischen Flüchtlingslager in Oberursel auf, wo er wegen seines Verhaltens im Februar 1948 keineswegs mit Freuden aufgenommen wurde. Nach dem Todesurteil über seinen Schwiegersohn Nechanský ging er im Oktober 1950 nach Jugoslawien, wo er freundschaftliche Beziehungen zu Tito aufnahm, was damals in den Augen der Kommunisten ein todeswürdiges Verbrechen war. Später verlegte er seinen Wohnsitz nach Salzburg. Von dort hoffte er, politisch in die ČSR wirken zu können und eines Tages seine Familie freizubekommen.

Am 23. Dezember 1953 suchte ihn der frühere Abgeordnete der SPÖ Hermann Rauscher in seiner Wohnung auf und teilte ihm mit, in einem Gasthaus säßen einige Leute aus der ČSR, die Grüße in Prag ausrichten könnten. In dem Gasthaus wurde L. — offenbar nicht nur mit Alkohol — betäubt und mit einem wahrscheinlich sowjetischen Lastwagen an die Grenze nach Nikolsburg und von da nach Prag gebracht. Hermann Rauscher ging, als sein Verhalten 1968 bekannt wurde, selbst in die ČSR. Seit Mai 1959 lebte L. mit dem Vf. in einer Zelle, wo er diesem alle seine Erlebnisse erzählte.

Da sich L. in Salzburg bei niemandem verabschiedet hatte, bestand sofort der Verdacht, daß er sich in die ČSR abgesetzt habe; fraglich war nur, ob freiwillig oder nicht. Die Annahme, daß er freiwillig gegangen sei, wurde scheinbar bestätigt, als L. dies auf einer Pressekonferenz am 15. Mai 1954 ausdrücklich bestätigte (Rudé právo 16. 5. 1954, Neue Zürcher Zeitung 17. 5. 1954) und die